

Die verbotene Rede

Eine Islamwissenschaftlerin will über den Islam in Europa sprechen. Moslemischen Funktionären passt das nicht. Die Rede darf nicht gehalten werden. Cicero dokumentiert, was im österreichischen Traun nicht gesagt werden durfte

VON CHRISTINE SCHIRRMACHER

Die Welt ist näher zusammengerückt. Das gilt auch für die islamische Welt und Europa. Daraus ergeben sich neue Chancen ebenso wie Herausforderungen. Die meisten Muslime, die heute in Europa leben, werden bleiben, ihre Zahl wird weiter zunehmen. Noch niemals zuvor haben so viele Menschen aus dem islamischen Kulturkreis dauerhaft in Europa gelebt. Aber sind sie auch in Europa zu Hause?

Viele junge Menschen der zweiten und dritten Generation sprechen zu wenig Deutsch (oder Französisch, Spanisch oder Niederländisch), um beruflichen Erfolg zu haben. Welcher Zukunft gehen diese jungen Menschen entgegen? Nicht wenige fühlen sich zudem von den europäischen Gesellschaften nicht akzeptiert, ja diskriminiert und ziehen sich zurück in ihre eigene Welt, die eigene Sprache, die Moschee, das türkische oder arabische Stadtviertel. Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde geschehen gerade innerhalb dieser Rückzugsräume, in der von einigen Muslimen im Namen der Tradition und Religion das Recht in die eigene Hand genommen wird. Endlich wird in Europa über die Pflicht, die Sprache des Aufnahmelandes zu sprechen, offen gesprochen. Ohne Sprachbeherrschung keine Integration, ohne Integration kein beruflicher Erfolg und keine gemeinsame Zukunft.

Weder die Zuwanderer, noch die Aufnahmeland haben ursprünglich mit einem dauerhaften Zusammenleben gerechnet. Beide Seiten gingen zunächst von wenigen Jahren aus. Besonders die Mehrheitsgesellschaft hat sich zu wenig mit den Herkunftskulturen der Zuwanderer beschäftigt, ja sich für ihre Lebenswelten kaum wirklich interessiert. Die „andere Kultur“ wurde entweder kritiklos bewundert oder aber ignoriert und abgelehnt. Mitmenschliche Begegnungen fanden viel zu selten statt. Das Wissen über den Islam ist in Europa bei vielen Men-

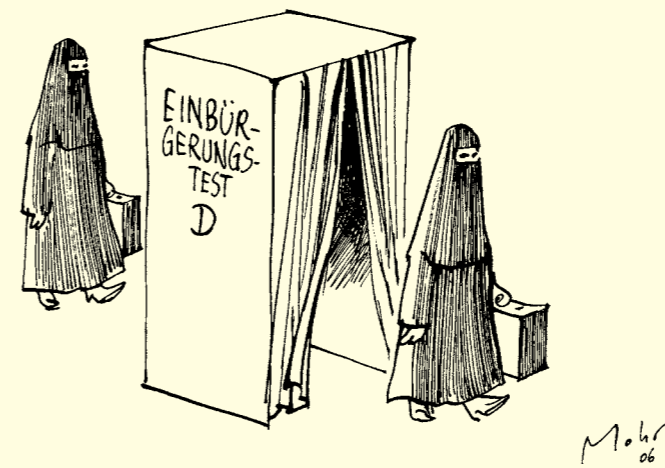
schen immer noch gering. Manche Muslime wollten zunächst „Europäer“ werden, haben sich dann aber enttäuscht abgewandt. Manche fanden Anschluss an eine Moschee, die Distanz und Rückzug predigt, den heimischen Nationalismus und den Islam als Identität in einer „gottlosen“ westlichen Gesellschaft als Alternative anpreist. Dann kann es bis zur Hinwendung zum politischen Islam (Islamismus) oder sogar zum Extremismus unter Umständen nur noch ein kurzer Schritt sein.

Neu ist die Situation nicht nur für die europäischen, sondern auch für die muslimischen Gemeinschaften. Sie müssen hier in der „Diaspora“ in einer nichtmuslimischen westlichen Gesellschaft eine neue theologische und politisch-gesellschaftliche Standortbestimmung vornehmen. Viele Fragen kommen auf: Kann auf den lautsprecherverstärkten Gebetsruf – in islamischen Ländern eine Alltäglichkeit – in nichtislamischen Ländern verzichtet werden? Darf von Nichtmuslimen geschlachtetes Fleisch von Muslimen verzehrt werden? Wie sind die islamisch begründeten Anstandsregeln in einer freiheitlichpluralistischen Gesellschaft einzuhalten, in der sich nur noch wenige Menschen zu religiösen Werten bekennen? Darf der eigene Sohn eine deutsche, nichtmuslimische Frau heiraten, die die Familie unter Umständen als „Ungläubige“ beurteilt? All das sind Fragen, die sich im islamischen Herkunftsland nie gestellt haben und auf die die muslimische Gemeinschaft Antworten finden muss, die auch innerhalb der muslimischen Gemeinde sehr unterschiedlich ausfallen.

Aber auch jenseits der alltäglichen Lebensführung ergeben sich in Bezug auf die Religion manche Fragen: Wie kann der islamische Glaube an die junge Generation weitergegeben werden, die inmitten einer pluralistischen, säkularisierten Gesellschaft lebt, die oft wenig von sichtbaren ethischen und religiösen Werten geprägt ist? Manche Familien beginnen in dem Wunsch, ihre kulturellen Wurzeln zu bewahren, erstmals in der Diaspora, ihre Religion zu praktizieren, andere beachten die Vorschriften strenger als im Herkunftsland. Dadurch wird besonders im türkischen Islam in Deutschland eine konservative Religiosität „konserviert“, die es in dieser Form in der modernen Westtürkei kaum noch gibt.

Und wie verhält sich die westliche Mehrheitsgesellschaft? Versteht sie das hohe Minarett, das vielleicht alle anderen Bauten des Stadtteils überragt, als kulturelle Bereicherung oder als Bedrohung? Glaubt sie den friedlichen Bekundungen des Moscheevereins in der Nachbarschaft und bemüht sich der Moscheeverein um gute Kontakte zu den Nachbarn? Beten dort Menschen, die nur ihren Glauben praktizieren und zum Frieden in der Gesellschaft beitragen wollen oder werden dort politische Predigten gehalten? Wird das Kopftuch als individuelles Glaubensbekenntnis getragen oder als politisches Symbol? Wünschen sich die europäischen Gesellschaften überhaupt ein Miteinander mit den Zuwanderern, möchten sich alle Zuwanderer in die europäischen Gesellschaften integrieren? Wie weit reichen Toleranz und Freiheit der demokratischen Gesellschaften, und wo beginnt die Gleichgültigkeit und die Ablehnung?

Das lange Nebeneinander muss ein Miteinander werden. Das oberste Prinzip ist, den gesellschaftlichen Frieden zu wahren und Wege zum Miteinanderleben zu finden. Die europäischen Gesellschaften müssen bereit sein, Zuwanderern Heimat und Annahme zu geben, die Zuwanderer ihrerseits dazu, sich von einem politisierten Islamverständnis zu lösen und die hiesigen Gesetze nicht nur einzuhalten, sondern die europäischen Demokratien als gut und richtig zu bejahen.



Man ging zu lange davon aus, dass sich extremistische Bestrebungen auf landesinterne Konflikte wie Algerien, Palästina oder den Iran beschränkten. Heute hat sich diese Sicht grundlegend gewandelt, und das zu Recht. Wer seine Aufmerksamkeit nur mehr auf Länder wie Afghanistan als Rückzugsräume extremistischer Netzwerke richtet, wird die heutige Situation nicht mehr in ihrer ganzen Tragweite begreifen. Auch europäische Metropolen wurden zum Schauplatz terroristischer Angriffe, darunter Amsterdam, Madrid oder London, das bereits seit geraumer Zeit als Drehscheibe des internationalen politischen Islam gilt. Unter der logistischen und finanziellen Unterstützung aus dem Nahen und Mittleren Osten ist Europa zum Rückzugs- und auch zum Aktionsraum für extremistische Gruppierungen geworden. Manche Moscheen und islamischen Zentren wurden zu Rekrutierungsstellen für Extremisten. Der internationale islamistische Terrorismus, lange hinsichtlich seiner Tragweite und seines Herrschaftsanspruchs unterschätzt, hat nicht vor den Toren Europas Halt gemacht, sondern ist heute Bestandteil der europäischen Wirklichkeit geworden. Politische Gruppierungen betrachten Europa nicht mehr nur als Ruhe-, sondern auch als Aktionsraum.

Allerdings geht es beim politischen Islam nicht nur um Gewalt und Terror. Der gewaltbereite Extremismus ist nur ein Flügel des politischen Islam und insgesamt ein zahlenmäßig kleines Spektrum. Zum politischen Islam rechnet man auch jenen Bereich des Islamismus, der seine Ziele mit rechtsstaatlichen Mitteln, mit Strategie, zum Teil aus dem Ausland stammenden Finanzquellen und gut geschultem Personal, aber nicht weniger entschlossen verfolgt. Der politisch motivierte Islam übt seinen Einfluss über Moscheevereine und Dachorganisationen aus und dies in zweifacher Weise: Zum einen erklärt er sich als organisierter Islam zum Sprachrohr „der“ Muslime in Europa und verwendet dabei Titel wie „Zentralrat“, obwohl gerade der „Zentralrat“ weniger als ein Prozent der Muslime in Deutschland vertreten dürfte. Insgesamt gehören dort fünf bis höchstens zehn Prozent aller Muslime einer dieser Organisationen an, also eine Minderheit. Dennoch formuliert der politisch organisierte Islam öffentliche Stellungnahmen, in denen er sich anmaßt, für alle Muslime zu sprechen. Da die muslimische Gemeinschaft keine den Kirchen vergleichbare Mitgliedschaft noch Hierarchie kennt, ernannt sich der organisierte Islam damit selbst zum Dialogpartner für die Kirche und zum Ansprechpartner für den Staat, obwohl doch eine Mehrheit von mindestens 90 Prozent aller Muslime in Europa nicht von einer dieser Organisationen vertreten werden möchte.

Vertreter des Islamismus suchen Einfluss in Universitäten und Politik, fordern die Gleichstellung mit den christlichen Kirchen und vermehrte Rechte oder Anpassungen der Gesetzgebung. Vorrangiges Ziel ist die gleichberechtigte Anerkennung des Islam in Europa, die Bekanntmachung und Durchdringung der westlichen Gesellschaft mit islamischen Werten sowie die Vereinnahmung der muslimischen Gemeinschaft für

eine bestimmte Interpretation des Islam. Der zweite Schritt ist der aktive Einsatz für die Werte der Scharia, die Unterbindung jeglicher Kritik an islamischen Werten und schließlich die Proklamierung der Scharia, der islamischen Ordnung, zunächst über die muslimische Gemeinschaft. Zudem aber wirkt der politisch organisierte Islam auch in die muslimische Gemeinschaft hinein in dem Wunsch, Muslime zum Einhalten einer strikten Form des Islam in Europa anzuhalten.

Die Beschäftigung mit den Hintergründen des politischen Islam ist daher für die europäischen Gesellschaften von größter Bedeutung. Weder Panikmache noch Verharmlosungen noch Verallgemeinerungen sind am Platz. Nüchtere Bestandsaufnahmen sind gefragt. Wenn Hintergründe und Motive politisch-islamischer Gruppierungen einerseits erkannt und nüchtern analysiert werden, dient das der differenzierten Wahrnehmung der muslimischen Gemeinschaft und letztlich der Vermeidung von Falschurteilen. Wenn sich unpolitische muslimische Gruppierungen von Gewalt, Terror und Islamismus nachdrücklich distanzieren – ja, noch wertvoller, Begründungen aus dem Koran und den Schriften muslimischer Theologen finden, die die Berechtigung eines gewalttätigen Islam ablehnen – wird dies dazu dienen, die Unterschiede zur friedlichen Mehrheit der muslimischen Gemeinschaft in Europa deutlicher erkennbar zu machen. Weder eine aus Angst heraus entstandene Abwehr gegen muslimische Nachbarn und Mitbürger, noch eine Verharmlosung der politischen Aktivitäten der bekannten Gruppierungen wird dem friedlichen Zusammenleben und der konstruktiven Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft dienlich sein.

Die gegenwärtige Debatte über die Fundamente dieser Gesellschaft und die Auseinandersetzung mit einer ganz anders gearteten Werteordnung und Religion hat sich uns mit aller Macht geradezu aufgedrängt. Das erschreckt nachhaltig und eröffnet doch gleichzeitig Wege zu einer fundierten Diskussion, sofern denn die westliche Gesellschaft in der Lage sein wird, nicht in Panik und Abwehr zu verfallen, sondern nüchtern über die Verhältnisse im eigenen Land und bei den Zuwanderern Bilanz zu ziehen und nach konstruktiven Lösungsansätzen zu suchen. Vielleicht verläuft die Debatte um die „Integration“ auch deshalb so aufgeregt, weil die kulturell-gesellschaftlichen oder religiösen Besonderheiten Europas, die hierzulande verteidigt werden sollen, bisher selten klar definiert wurden. Führt der Islam der westlichen Gesellschaft vielleicht besonders deutlich ihre Ziel- und Wertelosigkeit vor Augen?

Die Mehrzahl der Muslime, die in Europa unpolitisch denkt und lebt und sich große Sorgen macht um die Rechte, die islamistische Gruppen Stück für Stück mit Erfolg einfordern, erwarten eine Antwort vom Staat, dessen Aufgabe es ist – aus einer vertieften Kenntnis des Islam – zu einer vernünftigen Grenzziehung gegenüber politischen Kräften zu kommen. Nur eine Verständigung auf eine gemeinsame Rechts- und Werteordnung wird den Erhalt unseres Staates auf Dauer garantieren können.

Mehr unter www.cicero.de/xxx



CHRISTINE SCHIRRMACHER

ist promovierte Islamwissenschaftlerin, Professorin für Islamische Studien in Löwen/Belgien und wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Islamfragen (www.islaminstitut.de). Gemeinsam mit Ursula Spuler-Steigemann schrieb sie „Frauen und die Scharia“ (Hugendubel/Goldmann)